

Heisse Diskussion um Parteispenden

Stadt Bern Das Berner Stadtparlament hat gestern eine überraschend engagierte Diskussion um Transparenz in der Parteienfinanzierung geführt. Die SVP-Vertreter wehrten sich vehement gegen die Vorlage.

Stefan Schnyder

In der Berner Stadtpolitik soll künftig Transparenz über die Geldquellen herrschen. Das sieht eine Vorlage vor, die der Berner Stadtrat gestern Abend diskutiert hat. Der Kernpunkt ist, dass Spenden an Parteien und Komitees bei Abstimmungs- und Wahlkämpfen ab einem Betrag von 5000 Franken namentlich offenzulegen sind.

SVP wehrt sich vehement

Die Behandlung des Geschäftsnahm eine ungeahnte Dynamik. Es wurde viel heftiger darüber diskutiert, als allgemein erwartet worden war. So gab es Rückweisungsanträge von rechts – der SVP – und von ganz links, von der Grün alternativen Partei (GaP). SVP-Sprecher Erich Hess wehrte sich vehement gegen die Vorlage. «Sie ist löchriger als ein Sieb und lässt viele Umgehungswege offen. Beispielsweise könnten viele Spender in die Kasse eines Vereins einzahlen. Und der Kandidat könnte dann nur die

Spende des Vereins ausweisen», sagte er. Zudem betonte er, dass die Vorlage bei den Finanzflüssen zwischen Gewerkschaften und Parteien keine Transparenz schaffe. Und er warnte vor dem bürokratischen Aufwand. «Die 50 000 Franken, die der Gemeinderat dafür vorgesehen hat, werden nie ausreichen. Es wird eine Stelle, dann zwei und schliesslich eine Abteilung brauchen», sagt er. Sein Parteikollege Henri-Charles Beuchat schritt mit einem verschmierten Plakat von Erich Hess ans Rednerpult: «Solange SVP-Plakate in der Stadt Bern zerstört werden, wehren wir uns dagegen, dass Namen von Spendern offengelegt werden müssen», sagte er.

Widerstand von ganz links

Luzius Theiler (GaP) begründete seinen Rückweisungsantrag mit demokratiepolitischen Bedenken. «Es ist eine Vorlage, die für die Parteien mehr Aufwand mit sich bringt und sie dadurch schwächt. Zudem zeigen die vielen Anträge, dass die Vorlage

«Bei der Parteienfinanzierung haben wir in der Schweiz ein Demokratie-defizit.»

Ursina Anderegg
Fraktionssprecherin Grüne

nicht ausgegoren ist», sagte er. Er erinnerte die Parlamentsmitglieder daran, dass die Stadt Gelder an die Parteien entrichten müsste. «Denn diese sind für das Funktionieren der Politik unabdingbar», sagte er.

Grüne und SP dafür

Die Vorlage war durch einen Vorstoss der Grünen angestossen worden. Grünen-Sprecherin Ursina Anderegg verteidigte die Vorlage mit Verve: «Bei der Parteienfinanzierung haben wir in der Schweiz ein Demokratie-defizit. Es ist wichtig, dass wir nun endlich loslegen können.» Und in Bezug auf die Bedenken im Hinblick auf die Umsetzung sagte sie: «Auch wir wissen nicht, wie das eine oder andere umgesetzt wird. Aber es ist klar, dass sich Transparenz ohne Aufwand und Risiken nicht herstellen lässt.»

SP-Sprecherin Bettina Stüssi betonte, dass sich ihre Partei schon lange für mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung engagiere. Sie machte aber auch

klar, dass die SP nicht bereit ist, Mitgliederbeiträge offenzulegen, wenn diese mehr als 5000 Franken betragen. Bei der SP sind die Mitgliederbeiträge mit einer starken Progression einkommensabhängig. So ist es möglich, dass sehr gut verdienende Parteimitglieder mehr als 5000 Franken bezahlen. Die FDP hat mit einem Antrag verlangt, dass auch Mitgliederbeiträge ab diesem Betrag offenzulegen sind. Weiter hatte sie beantragt, Kandidaten für den Stadtrat von den Transparenzregeln ausnehmen.

Zum Schluss der Debatte warb Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) für die «ausgewogene» Vorlage. «Transparenz ist in der Politik ein wichtiger Wert», sagte er. Und er fügte an: «Es ist erstaunlich, dass sich die ersten nun bereits die Frage stellen, wie sie das Reglement werden umgehen können.»

Der Stadtrat führte gestern die erste Lesung durch. Deshalb fällt er noch keine Entscheidung. Diese stehen erst in der zweiten Lesung an.

Nachrichten

Gemeinderat verteidigt Polizeieinsatz

Stadt Bern Laut Stadtregierung hat die Polizei rund um das Spiel YB - Roter Stern Belgrad vor einem Monat «rasch, wirksam und dennoch verhältnismässig» agiert. Das schreibt der Gemeinderat in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage der GB/JA. «In aller Schärfe» verurteilt würden dagegen das Verhalten und die strafbaren Handlungen einzelner Fans. Dabei zielt der Gemeinderat nicht nur auf die Belgrader Fans, sondern auch auf Bernerinnen und Berner. So haben laut Polizeibericht Gäste eines Restaurants, gegen das Flaschen geworfen wurden, die serbischen Fans mit dem Zeigen des Doppeladlers «aufs Äusserste» provoziert, so der Gemeinderat. (hae)

Terra Bern baut in der Eymatt 34 Wohnungen

Stadt Bern Der Gemeinderat hat beschlossen, das Grundstück an der Eymattstrasse 146 und 146a im Baurecht an die Baugenossenschaft Terra Bern abzugeben, an der die Stadt zu über 50 Prozent beteiligt ist. Der jährliche Baurechtszins für das Grundstück im Eigentum des städtischen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik beträgt 100 000 Franken, wie die Stadt gestern mitteilte. Terra Bern wird das Projekt «nature pure» mit 34 Wohnungen (von 1,5 bis 5 Zimmer) realisieren, das aus einem durch den Fonds im Jahr 2015 durchgeführten Wettbewerb hervorgegangen ist. Für den Kauf des Projekts zahle Terra Bern 410 000 Franken. (hae)

Einbrecher im Breitsch in flagranti erwischt

Stadt Bern Am Dienstag hat die Kantonspolizei im Berner Breitenrain zwei mutmassliche Einbrecher in flagranti erwischt. Kapo-Mitarbeitende trafen gegen 10 Uhr in der Elisabethenstrasse auf die beiden Männer, die mutmasslich kurz davor einen Einbruchdiebstahl in ein Mehrfamilienhaus an derselben Strasse verübt hatten. Danach konnten die Polizisten diese am Breitenrainplatz anhalten und auf eine Polizeiwache bringen. Bei ersten Einvernahmen zeigten sich die Angehaltenen laut Polizei geständig. Bei weiteren Abklärungen sei bei den Beschuldigten zudem Deliktsgut sichergestellt worden, das aus weiteren Einbrüchen in der Region stammen könnte. Die Staatsanwaltschaft hat für die Männer im Alter von 29 und 34 Jahren Untersuchungshaft beantragt. (hae)

Unfälle auf der A1 und der A6

Autobahn Gestern ist es im Feierabendverkehr zu zwei Auffahrkollisionen auf Berner Strassen gekommen. Auf der Autobahn A1 war ein Auto gegen 18.15 Uhr von Bern in Richtung Kirchberg unterwegs, als es kurz nach der Auffahrt Schönbühl zum Unfall mit zwei weiteren Fahrzeugen kam. Der andere Fall ereignete sich kurz vor 17 Uhr auf der Autostrasse A6. Zwei Autos waren in Richtung Biel unterwegs, als sie bei Worben aufeinander auffuhren. Das vordere Auto geriet auf die Gegenfahrbahn und prallte frontal in ein entgegenkommendes Fahrzeug. Bei beiden Unfällen gab es Verletzte, und an beiden Orten kam es zu Verkehrsbehinderungen. (hae)

Mitte-rechts fährt symbolisch wichtigen Sieg ein

Stadt Bern Das Ereignis hat Seltenheitswert. Gestern Abend setzten sich die Mitte-rechts-Parteien im Berner Stadtrat in der Budgetdebatte mit einem Antrag durch. Dabei ging es nicht um einen Finanzposten, sondern um eine Frage mit Symbolkraft. Die FDP-Fraktion hatte beantragt, dass die Stadt im Abstimmungsbüchlein zum Budget schreibt, wie hoch ihr Schuldenstand ist. Bislang fehlte diese Angabe. Dank diesem Entscheid werden die Stimmbürger bei der Lektüre des Büchleins erfahren, dass die Schulden per Ende 2020 auf 1,1 Milliarden steigen werden.

In Bern fällt die Redaktion der Abstimmungsbüchlein in die Kompetenz des Parlaments, im Unterschied zum Bund, wo die Bundeskanzlei das Büchlein verantwortet. «Die Nennung des Schuldenstands erlaubt es den Stimmbürgern, den geplanten Schuldenzuwachs um 30 Millionen Franken besser einzuordnen», argumentierte FDP-Fraktionssprecherin Claudine Esseiva. Finanzdirektor Michael Aebersold (SP) mochte sich zum Antrag nicht äussern. Das Ja kam zustande, weil die Grünen ihm zustimmten. Die SP-Stadträte lehnten ihn dagegen grossmehrheitlich ab. 36 Ja gegen 21 Nein lautete das Resultat.

Ja zu neuen Schulden

Ansonsten lief der Rest der Budgetdebatte, die in der Vorwoche begonnen hatte, in den gewohnten Bahnen. Die links-grüne Mehrheit lehnte alle Kürzungsanträge von SVP und FDP ab. Der Stadtrat genehmigte schliesslich das Budget klar. Der Voranschlag 2020 sieht bei Ausgaben von 1,29 Milliarden Franken einen Überschuss von 14,2 Millionen Franken vor. Da die Stadt hohe Investitionen plant, ist ein Anstieg der Schulden um 30 Millionen Franken budgetiert. (sny)

Klare Worte am Ort der ewigen Ruhe

Stadt Bern Der Schauspieler Matthias Zurbrügg performt auf dem Schosshaldenfriedhof.



Sterben können: Der Künstler Matthias Zurbrügg fordert Besucher des Schosshaldenfriedhofs heraus. Foto: Stefan Maurer (zvg)

«Savoir mourir» steht in grossen Holzlettern, die gegen das Wortende hin im Boden versinken, auf einem Rasenstück. Es ist eine von 26 Buchstabeninstallationen, die Matthias Zurbrügg, der als Schauspieler und Wortinszenierer in Vechigen lebt, im Schosshaldenfriedhof platziert hat. Sie sind Stationen poetischer Friedhofsspaziergänge namens «Zeit los lassen», die Zurbrügg ab morgen Samstag bis zum 24. November anbietet.

«Savoir mourir – Sterben können»: Die lapidare Aussage,

scheinbar lässig hingeworfen, unterstreicht Zurbrüggs künstlerischen Anspruch, den doppelten Boden unseres Denkens zu heben. Sterben kann jeder und jede jederzeit, aber wissen, wie man stirbt, das tut niemand.

Den Friedhof als Bühne entdeckt hat Zurbrügg schon länger. 2011 wandelte er als aufständiger Dichter Heinrich von Kleist über den Schosshaldenfriedhof. 2015 stieg er im Bremgartenfriedhof als Blutfürst aus dem Grab und umgarnte daselbst zur ewigen Ruhe gebettete Figuren

wie den Anarchisten Michail Bakunin oder Sozialistenführer Robert Grimm. «Der Friedhof ist ein Ort der Ruhe», sagt Zurbrügg, «die Leute betreten ihn auf eine andere Art als etwa einen Park.» Kann sein, dass man sich dann auch auf andere Art auf das Theaterspiel einlässt.

Stadtgrün Bern sei sehr offen für Versuche, die Friedhöfe zu öffnen und zu beleben, mit gebührender Rücksicht auf die Ruhebedürfnisse der Besucher, wie Zurbrügg festhält. So tritt er stets ohne Stimmverstärker auf

und hält Abstand zu neueren Gräbern, die von Trauernden besucht werden. Hingegen ist tief sinniger, aber stiller Humor kein Problem: Hinter dem Grabfeld der Diakonissinnen mit den einheitlichen Steinkreuzen hat Zurbrügg das Wort «verschieden» drapiert. (jsz)

Rundgang «Zeit los lassen»: Samstag, 21. September, 10, 12 und 14 Uhr, gratis. Dauer: 75 Minuten. Danach bis 24. November gemäss Programm auf mesarts.ch. Kosten: 25 Franken.